

**Zeitschrift:** Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung  
SES

**Herausgeber:** Schweizerische Energie-Stiftung

**Band:** - (1987)

**Heft:** 4: Aufbruch

**Rubrik:** Energieszene

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 14.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

**Alarmierende Cäsium-Werte** hat das Münchner Umweltinstitut in **bayerischen Wildpilzen** gemessen. Den erschreckenden Spitzenwert von 22057 Bq pro Kilo erreichten Rotfussröhrlinge aus dem Murnauer Moos. Allein bei einem Verzehr von vier Mahlzeiten von je 300 Gramm ergäbe sich daraus eine zusätzliche Strahlenbelastung von 34,8 mrem Ganzkörperdosis. Zum Vergleich: 30 mrem pro Jahr sind nach der Strahlenschutzverordnung der Maximalwert. taz, 21.8.87

Vor dem Genuss von frischen oder getrockneten Wildpilzen hat das Chemische Untersuchungsamt der Stadt Bielefeld gewarnt. Es ermittelte mit einem Gammaskpektrometer bei der Untersuchung von getrockneten Steinpilzen aus **Oberschlesien** eine Belastung von 37000 Bq Cäsium-Gesamtaktivität pro Kilo. Bei der Analyse einer gemischten Probe von Steinpilzen und Maronen aus der **Oberpfalz** wurden 22000 Bq gemessen. taz, 8.9.87

In einer Pressemitteilung zur geplanten Dekontaminierung von 5000 Tonnen **radioaktiver Molke** im **hessischen Hungen** hat der zuständige Minister für Umwelt- und Reaktorsicherheit, Karlheinz Weimar (CDU), erneut auf die «wasserrechtlichen Bedenken» seines Hauses aufmerksam gemacht. Da in Hungen eines der grössten Wasserwerke Hessens angesiedelt ist und das gesamte Umland quasi Wasserschutzgebiet sei, müsse trotz des unbedenklichen Dekontaminierungsverfahrens von einer «äusserst kritischen Genehmigungssituation» gesprochen werden. Weimar: «Eine dieser Überlegungen, die sich im Vorstadium der Prüfung befindet, ist die Frage, ob es möglich ist, die kontaminierte Molke in der Untertagedeponie Herfa-Neurode endzulagern.» taz, 22.8.87

Um die auf dem Bundeswehrgelände bei **Lingen (Niedersachsen)** stehenden 3000 Tonnen strahlenverseuchtes Molkepulver «als Wirtschaftsgut zu erhalten» und vor dem endgültigen Vergammeln zu bewahren, haben Bundesumweltminister Klaus Töpfer und sein niedersächsischer Kollege Werner Remmers «in Abstimmung ein gemeinsames technisches Konzept für die Entseuchung des Molkepulvers auf dem Gelände des stillgelegten AKWs Lingen I entwickelt». Danach soll demnächst das wiederaufgelöste Molkepulver durch die gleichen Rohre des Maschinenhauses des AKWs fließen, in denen einst radioaktive Wasser des AKWs geklärt wurden. Die Molke soll mit den gleichen Ionentauschern entseucht werden, mit denen früher Abwässer aus dem Kühlkreislauf des AKWs gereinigt wurden. Für die geplante Anlage

sei nur eine Genehmigung nach der Strahlenschutzverordnung erforderlich. taz, 25.9.87

Allein in der **BRD** muss als Spätfolge der Reaktorkatastrophe in **Tschernobyl** mit 4700 bis 14000 zusätzlichen **Krebs-erkrankungen** gerechnet werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts für Energie- und Umweltforschung (IFEU). Die Bundesbürger hätten eine geringere Strahlendosis abbekommen als zunächst befürchtet. Hauptgrund dafür sei, dass sie sich anders ernährt hätten. Trotzdem würden auch heute verstrahlte Lebensmittel am meisten zur Strahlenbelastung beitragen. Dies ändere sich jedoch in Zukunft: Dann werde die radioaktive Dosis vor allem von der Bodenstrahlung bestimmt, gegen die man sich kaum schützen könne. Der Vorsitzende der Strahlenschutzkommission (SSK), Prof. Oberhausen, bezeichnete das IFEU-Ergebnis in punkto Krebsrisiko als «reine Spekulation». «Diese Zahlen lassen sich doch nie beweisen», sagte Oberhausen, räumte allerdings ein, dass auch der Tschernobyl-Abschlussbericht seiner Kommission ähnliche Schätzungen zulasse. Jedoch müsse man sie «mit sonstigen Lebensrisiken vergleichen». taz, 24.9.87

Seit 1984 werden in **Schweden** jährlich etwa 90000 **Rentiere** geschlachtet; im letzten Jahr mussten 70000 Kadaver wegen zu hoher Becquerelwerte vernichtet werden. Jetzt von einer Normalisierung zu sprechen – weil «nur noch ein Fünftel» des Fleisches ungeniessbar ist – erscheint unzulässig, solange noch Höchstbelastungen von 14000 Bq/kg gemessen werden, die zehnmal höher als der im Juni hinaufgesetzte Grenzwert liegen, und solange die Hauptschlachtzeit im Winter nicht vorbei ist. NZZ, 26.9.87

In der Europäischen Gemeinschaft wird es ab 1.11.87 **keine** rechtlich verbindlichen und einheitlichen **EG-Höchstwerte** mehr für die **Radioaktivität in Lebensmitteln** geben. Die EG-Botschafter scheiterten in Brüssel bei dem Versuch, die nur noch bis zum 31.10. geltende EG-Regelung zu verlängern oder sich auf neue Strahlungs-Obergrenzen zu einigen. taz, 1.11.87

Die französische Elektrizitätsgesellschaft, **Electricité de France (EDF)**, wird einstweilen, wie der geschäftsführende Verwaltungsratsvorsitzende, Pierre Delaporte, erklärte, die **Technologie der Schnellen Brüter kommerziell nicht weiter**

verwerten, sondern eine Denk- und Studienpause einschalten, um eine Verringerung der Betriebskosten zu erwirken. In seiner Darstellung meint Delaporte, dass Frankreich gegenwärtig mit nuklearen Kraftwerken genügend dotiert sei und dass mit den geplanten Bauanlagen bis 1990 voraussichtlich eine Überkapazität in der Grössenordnung von fünf Werken entstehen werde. NZZ, 1.10.87

## ENERGIE SZENE

5000 MITGLIEDER  
entsprechen  
100000 FRANKEN  
siehe Seite 23

Ein Gutachten des Schweizer Kraftwerksspezialisten **Motor Columbus** kommt zum Schluss, dass der schnelle Brutreaktor in **Kalkar** aus forschungspolitischer Sicht zügig in Betrieb genommen werden sollte. Im Auftrag gegeben wurde dieses Gutachten vom deutschen Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber: «Motor Columbus bestätigt die von der Bundesregierung seit Baubeschluss 1972 nahezu unveränderte Einschätzung der Bedeutung der Brütereentwicklung als Chance für die langfristige Energieversorgung.» Im Gutachten heisst es: «Die Nichtinbetriebnahme des SNR 300 würde gedeutet als Unfähigkeit der deutschen Industrie und des deutschen Staates, ein komplexes Prototyp-Projekt mit moderner Technologie zu realisieren.» TA, 5.10.87

Nach einer Bauzeit von fast 17 Jahren wurde vor kurzem in **Hamm-Uentrop** bei Duisburg das Kernkraftwerk **THTR-300** dem Betreiber übergeben. Die unglaubliche Verzögerung und astronomische Kosteneskalaation beim Bau dieses Kraftwerks sind auf immer neue, sich zum Teil widersprechende Änderungen der behördlich angeordneten Sicherheitsmassnahmen während der Bauarbeiten zurückzuführen. NZZ, 9.9.87

Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen (SPD) hat die Öffentlichkeit und seine Fraktion über die Unvoreingenommenheit der Gutachter getäuscht, die an der Sicherheitsüberprüfung von Atomanlagen im Bundesland beteiligt sind. Der von Jochimsen mit der Begutachtung als Generalunternehmer beauftragte Schweizer Atomkonzern **Elektrowatt** Ingenieurunternehmung Zürich (EWI) ist nicht nur an

deutschen und Schweizer AKWs beteiligt und im Atomexport engagiert, sondern seit 1973 direkt an der Planung von Hochtemperaturreaktoren (HTR) beteiligt. Darüber hinaus kann Elektrowatt offenbar mit Planungsaufträgen für den HTR 500 rechnen. Der HTR 500 ist das Nachfolgemodell des THTR 300, dessen «Sicherheit» die EWJ derzeit im Auftrag des Ministeriums beweisen will. Damit hat die Landesregierung möglicherweise gegen die im Atomrecht geforderte Unabhängigkeit von Gutachtern verstossen. taz, 3.10.87

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) setzt in seinen Atomkraftwerken südafrikanisches Uran ein. Das beweisen neue Dokumente aus den USA. Darin wird weiter angekündigt, dass Mitte Oktober 20 Tonnen südafrikanisches Uran aus der BRD in die USA verschifft werden sollen, um dort weiterverarbeitet und dann an den «Endverbraucher RWE» zurückgeliefert zu werden. Die 20 Tonnen südafrikanisches Uran wurden zunächst in Grossbritannien von der British Nuclear Fuels Ltd. (BNFL) zu Uranhexafluorid verarbeitet und dann bei «Technabexport» in der Sowjetunion angereichert. In der BRD wurde das angereicherte Uran an bisher unbekanntem Ort zwischengelagert, bis es jetzt nach seiner Verschiffung von der Siemens-Tochter «Advance Nuclear Fuels Corporation (ANF)» in Richland im US-Bundesstaat Washington zu Brennelementen verarbeitet wird. Die ANF liefert schliesslich den Brennstoff dem RWE. Dieses ist Betreiber bzw. Hauptaktionär der AKWs Biblis A und B, Grundremmingen und Mülheim-Kärlich. taz, 14.10.87

Bei massiven Polizeiaktionen in der Umgebung von Wackersdorf sind über 200 Gegner der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) vorübergehend festgenommen worden. Nach Angaben eines Polizeisprechers wurde den Betroffenen, die zu den dreitägigen «Herbstaktionen gegen die WAA» gekommen waren, unter anderem Beleidigung, Widerstand und Mitführen gefährlicher Gegenstände vorgeworfen. Mit der massiven Präsenz von insgesamt 5000 Polizeibeamten aus fast allen Bundesländern sollten illegale Aktionen «bereits im Vorfeld erstickt» werden. TA, 10.10.87

DDR-Wissenschaftler haben öffentlich Kritik am Sicherheitsstandard der zwei Atomkraftwerksblöcke geübt, die in Stendal, 80 km westlich von Berlin, gebaut werden. Die vorliegenden Vorausberechnungen zur Erdbebensicherheit seien «nicht ausreichend», weil sie die Stand-

ortbedingungen nicht berücksichtigen. Den verantwortlichen AKW-Planern wird vorgeworfen, dass sie wider besseres Wissen an Sicherheitsvorschriften festhalten, die «hinter dem Welthöchststand zurückbleiben». Die DDR will in Stendal ein AKW-Zentrum errichten, das in seinen Dimensionen dem französischen Cattenom vergleichbar wäre. taz, 17.8.87

Im Mai dieses Jahres wurden durch einen Bericht von 40 sowjetischen Atomexperten die regulär in Jaslovske Bohunice (ČSSR) mitarbeiten, allein in diesem AKW 135 Mängel aufgedeckt – nicht Mängel, die hier und da beim Betrieb jeder technischen Anlage einmal auftreten, sondern Mängel und Abweichungen von der Projekt-Dokumentation dem Bauplan.

Problematisch ist bis heute auch die Entsorgung des radioaktiven Abfalls, weil die Sowjetunion die ausgebrannten Brennstäbe entgegen einem Vertrag nicht wieder zurücknimmt. In der CSSR ist kein geeigneter Raum für eine Endlagerung zu finden. Noch immer werden die ausgebrannten Brennstäbe des AKWs A1 in einem bewachten Bassin auf dem Gelände des Atomkraftwerks gelagert. Ein Teil der Brennstäbe soll in der DDR in der ausgebauten Steinsalzgrube Bartensleben-Morsleben endgelagert werden. taz, 8.9., 6.10. & 14.10.87

Durch die Zustimmung zu den drei Nuklearreferenden werden in Italien eine Reihe von Gesetzen zugunsten der Kernenergieplanung gestrichen. Gemeinden und Regionen können bei der Wahl des Standorts eines Kernkraftwerks nicht mehr übergangen werden. Künftig können sie nicht durch Beiträge aus der Staatskasse für den Bau einer Nuklearzentrale auf ihrem Territorium gewonnen werden. Drittens wird es in Italien nicht mehr möglich sein, sich finanziell an Projekten im Ausland zu beteiligen. Dieses Referendum wurde mit 71,8 Prozent der Stimmen angenommen, während die zwei anderen Nuklearreferenden rund 80 Prozent der Stimmen erhielten. Die antinuklearen Initianten dieser drei Vorlagen haben nach ihrem Erfolg bereit eine Motion angekündigt, welche die Schliessung aller Nuklearzentralen bzw. Baustellen verlangt. NZZ, 11.11.87

Nur wenige Wochen vor der diesjährigen Generalkonferenz der internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) in Wien, auf der gleichzeitig deren 30. Geburtstag gefeiert werden soll, steht die UNO-Spezialorganisation, erstmals seit ihrer Gründung im Jahre 1957, vor akuten und schweren

Geldproblemen. Für die Finanzmisere machen die IAEA-Buchhalter die miese Zahlungsmoral der grossen Industriemächte verantwortlich, allen voran der USA, der UdSSR und Japans. Allein die USA seien mit ihren Beitragszahlungen um satte 34 Millionen Dollar im Rückstand. «Wenn das so weitergeht», prophezeite IAEA-Sprecher Meyer, könnten den knapp 2000 IAEA-Beamten bereits Ende November ihre Gehälter nicht mehr ausbezahlt werden; zahlreiche Programme im Bereich der technischen Hilfe müssten dann gekürzt oder verschoben werden. Die Sicherheits- und Überwachungsprogramme sollen nicht betroffen sein. taz, 4.9.87

Die Atomtragödie in der brasilianischen Stadt Goiânia hat ihre ersten Todesopfer gefordert. Von den mindestens 243 Menschen, die Mitte September radioaktiv verseucht wurden, sind vier gestorben. Die Todesopfer sollen in mit Blei ausgelegten Fiberglassärgen auf einem öffentlichen Friedhof in Goiânia beerdigt werden. Die Tragödie war dadurch ausgelöst worden, dass ein Trödler einen aus einem Krankenhaus stammenden Behälter mit radioaktivem Cäsium 137 in die Hand bekommen hatte. Der Altmaterialhändler zertrümmerte den Behälter mit einem Vorschlaghammer und nahm das Cäsium, ein leuchtendes Pulver, heraus. Das strahlende Material erregte die Bewunderung von Verwandten, Bekannten und Nachbarn, die sich damit einrieben. Kommandos der Atomenergiekommission durchstreiften Goiânia mit Geigerzählern, um noch vermisste Mengen des hochradioaktiven Cäsiums 137 ausfindig zu machen, das sich tagelang in der Stadt ausbreiten konnte.

Inzwischen sind – wegen des Widerstands aus der Bevölkerung – mit Unterstützung der Militärpolizei die ersten Container abgelagert worden, darunter auch der Überrest der tödlichen Cäsium-Kapsel. Die Anwohner des Geländes wollen jetzt auf gerichtlichem Weg ein Verbot durchsetzen.

Der Vorgang gilt als der bisher schwerste Atomunfall in der westlichen Welt und als die grösste Atomtragödie seit der Reaktorkatastrophe im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl.

Zudem wurde in Goiânia deutlich, dass die Atomenergiebehörde für derartige Vorfälle ungenügend gerüstet ist, dass es an Technik und entsprechend ausgebildeten Fachleuten mangelt. Brasilien verfügt bisher über ein Atomkraftwerk und kann Uran anreichern sowie Plutonium herstellen. In der brasilianischen Öffentlichkeit wird bezweifelt, dass Behörden auf eventuelle Unfälle in den entsprechenden Anlagen vorbereitet sind.

TA, 8. & 19.10., VR, 5. & 20.10., taz, 20.10., NZZ, 19.10.87